



öffentlich

**Betreff:**

Keine Rückzahlung Hartz IV

Erstellungsdatum 05.10.2005

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.11.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegen die von der Bundesregierung angekündigte Streichung des Anteils des Bundes an den Unterkunftskosten für ALG II – Empfänger vorzugehen.

Dazu sollten Kontakte mit anderen Kommunen aufgenommen werden, um einen möglichst breiten Protest zu organisieren, der auch den Weg einer Verfassungsklage einschließt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die von Bundesminister Clement angekündigte Änderung bei den Hartz IV – Gesetzen, nach der sich der Bund nicht mehr an den Unterkunftskosten beteiligen will, ist nicht hinnehmbar.

Da diese Kürzung der Zuweisungen von den Kommunen zudem rückwirkend vorgenommen werden soll, ist energischer Protest erforderlich. Ausgangsbasis muss nach wie vor die Zusage der Bundesregierung sein, dass die Kommunen durch Hartz IV um 2,5 Mrd. EURO entlastet werden.